

Lörrach, den 16.7.2022

Sehr geehrte Frau Landrätin,

Die Fraktion der CDU und der Freien Wähler hat mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass die kreisweite Wärmeplanung auf die Zielgerade einschwenkt. Es war unser Anliegen, Klimaschutz mit konkreten Projekten voranzubringen, und die Ergebnisse, wie Sie in jetzt in den Kommunalworkshops vorgestellt wurden, bestätigt unseren Ansatz.

Jetzt gilt es, die gute Ausgangsposition als Modelllandkreis weiter auszubauen und schnell in eine Phase der Umsetzung zu kommen. Dies ist nicht nur das Gebot der Stunde. Es eröffnet auch die Möglichkeit, wiederum modellhaft die konkreten Vorschläge auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen und anzugehen

Wir beantragen,

1. **im Rahmen einer fraktionsübergreifenden Steuerungsgruppe zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Zweckverband Breitbandversorgung mit der Umsetzung der Wärmeplanung betraut werden kann.**
2. **auf der Basis der nun vorliegenden Datengrundlage der Wärmeplanung gemeinsam mit den Städten und Gemeinden zu analysieren, welche kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen die Wärmeversorgung im Landkreis stabilisieren können.**

Begründung:

1. Umsetzung der Wärmeplanung mit dem Zweckverband

Die Potenzialanalyse hat gezeigt, dass der Landkreis über viele Möglichkeiten zum Ausbau verfügt. Technisch-wirtschaftlich möglich sind Stromerträge von 2.100 GWh/a im Bereich der Windkraft und 3.500 GWh/a im Bereich der Photovoltaik. Auch Bioenergie und Solarthermie spielen eine wichtige Rolle. Der Ausbau von Photovoltaik kann bereits jetzt ohne großen Mehraufwand vorangetrieben werden. Auch hierzu haben wir bereits konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Der Landkreis Lörrach verfügt über ein sehr großes Potenzial an unvermeidbarer Abwärme, das zur Erreichung der Klimaneutralität von enormer Wichtigkeit ist. Der Großteil dieser Abwärme fällt bei drei Industrieunternehmen am Hochrhein an. Bei Evonik wird bereits die Abwärme für ein kleines Nahwärmenetz genutzt. Die Besonderheit unseres Landkreises liegt

zudem in der Herausforderung, kleine Kommunen mit gutem Wärmequellenpotenzial mit den urbanen Räumen und ihrer großen Nachfrage zu verknüpfen.

Die Gutachter haben daher empfohlen, rasch die Planung für eine interkommunale Transportleitung („Ringleitung“) zu vertiefen.

Nicht zuletzt der Blick auf die aktuelle Mangellage als Folge des Ukrainekrieges zwingt zu raschem Handeln.

Wir beantragen daher, unverzüglich die Möglichkeiten der Realisierung zu prüfen. Ganz konkret hat uns auch aus den beteiligten Kommunen die Anregung erreicht, die Aufgabe dem Zweckverband Breitbandversorgung zu übertragen. Es hat sich gezeigt, dass dieser bestens in der Lage ist, die Bündelung der kommunalen Interessen mit den Erfordernissen einer leitungsgebundenen kreisweiten Infrastrukturmaßnahme zu koordinieren. Diese ließe sich sogar in Form einer Ringleitung kreisübergreifend gestalten.

Uns ist bewusst, dass ein so bedeutsames und komplexes Projekt nicht unüberlegt aus dem Boden gestampft werden kann. Sicher ist aber auch, dass Erfahrung und Führung unverzichtbar sind sowie die Fähigkeit, ein solche Projekt mit den vielfältigen Interessen vor Ort abzustimmen. Beides hat der Zweckverband unter der Leitung von Paul Kempf unter Beweis gestellt .

Auch die Verwaltung hat zu erkennen gegeben, dieses Projekt nicht in den bestehenden Strukturen verwirklichen zu wollen, sondern ein sogenanntes Zweckunternehmen vorgeschlagen . Bevor hierfür jedoch externe Aufträge vergeben werden, halten wir es für sinnvoll, die Möglichkeiten unseres Zweckverbandes zu prüfen. Denkbar ist, den Zweckverband neu auszurichten und unter Beteiligung der Energieversorger, eventuell auch der IWB und der Erdwärme Riehen die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine landkreisweite Energiewende zu entwickeln. Dabei sind themenbezogen Fachexperten einzubeziehen.

2. Konzeptionelles Beratungsangebot in der Gasmangellage

Uns alle treibt die Sorge um, ob wir im kommenden Winter für Wirtschaft und Haushalte ausreichend mit Gas versorgt sind. Bund, Länder und Kommunen suchen Wege der Zusammenarbeit. Dabei geht es um Einsparmöglichkeiten, um kurzfristig mögliche Umstellungen der Heizquellen in Haushalten und Einrichtungen und um die Priorisierung beim Abschalten von Gas.

Auch die Kommunen vor Ort untersuchen sorgfältig, welche Schule wie versorgt werden kann, ob die Temperatur der Schwimmbäder schon im Sommer möglich ist uvm. Die vorliegenden Daten der Wärmeplanung können eine wertvolle Grundlage sein, um die Gasversorgung vor Ort zu überprüfen, um kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen.

So gibt es einige regenerativ betriebene Wärmenetze im Kreis. Dort brauchen die Menschen keine Sorge zu haben bezüglich der Heizung im Winter. Andere Bereiche eignen sich für eine schnelle kleinteilige Versorgung mit Regenerativen Energieformen.

Ähnlich wie Landesebene beim Innenministerium ein interministerieller Krisenstab zur Gasmangellage eingerichtet wurde, sollte diese auch beim Landratsamt erfolgen auch mit dem Ziel einer Koordination der kommunalen Anstrengungen. Dies ist in der Hand der unteren Verwaltungsbehörde .

Ein konkretes Beratungsangebot könnte indessen über die Energieagentur Südwest vorgehalten werden, welches auf die o.g. Daten zugreifen kann. Die KEA steht als Landesagentur bereit, die regionalen Energieagenturen zu unterstützen.

Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig mit der Energieagentur ein entsprechendes Informationsangebot zu entwickeln und für die eigenen Liegenschaften, aber auch die Kommunen zum Einsatz zu bringen.

Paul Renz
Fraktionsvorsitzender

Ulrich May
Fraktionsvorsitzender